

DIE 1970er JAHRE

Republik im Wandel:
Dynamisierung
und Liberalisierung







SIEGFRIED FRECH

1970er

Aufbruch und Umbruch charakterisieren die 1970er Jahre. Die neue Ostpolitik führt zu einer innenpolitischen Polarisierung. Terrorismus, Ölpreiskrisen und stagnierendes Wachstum prägen das Jahrzehnt. Am 1. März 1972 nimmt die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) nach der Umwidmung der Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ ihre Arbeit auf. Die bewährten Formate politischer Bildungsarbeit werden beibehalten. Gleichzeitig wächst das Aufgabenspektrum, neue und innovative Bildungsangebote entwickeln sich. Im November 1976 wird der Beutelsbacher Konsens formuliert, der sich zum berufsethischen Fundament und zur Handlungsmaxime für die Praxis der politischen Bildung entwickelt.

Die Wahl von Gustav Heinemann am 5. März 1969 zum neuen Bundespräsidenten kündigt einen politischen Klimawandel an. Zum ersten Mal braucht es drei Wahlgänge in der Bundesversammlung, um einen Bundespräsidenten zu wählen. Und erstmalig bekleidet ein Sozialdemokrat das Amt des Staatsoberhauptes. Heinemanns Antrittsrede am 1. Juli 1969 ist eine überaus politische Rede. Er fordert „nicht weniger, sondern mehr Demokratie“ und konstatiert, dass es „schwierige Vaterländer [gibt]. Eines davon ist Deutschland“.

Nur ein halbes Jahr später übernimmt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Willy Brandt ein Sozialdemokrat das Amt des Bundeskanzlers. Bei einer Wahlbeteiligung von 86,7 Prozent entfallen bei der Bundestagswahl im September 1969 auf die CDU/CSU 46,1 Prozent. Die SPD erzielt 42,7 Prozent, die FDP 5,8 Prozent. Der Stimmenzuwachs der SPD erklärt sich durch die charismatische Führungsfigur Brandt und die in der Großen Koalition (1965–1969) bewiesene Regierungsfähigkeit der SPD. Während Kurt Georg Kiesinger (CDU), Bundeskanzler der ersten Großen Koalition, bereits Glückwunschtelegramme entgegennimmt, wird hinter den Kulissen eine neue Koalition geschmiedet. Bereits in der Wahlnacht vereinbaren der Kanzlerkandidat und Parteivorsitzende Willy Brandt und Walter Scheel, Bundesvorsitzender der FDP, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Die CDU/CSU muss nach zwanzig Jahren die Regierungsverantwortung abgeben.

Die von viel Euphorie begleitete sozialliberale Bundesregierung setzt neue Impulse in der Außenpolitik, insbesondere in der Ostpolitik, sowie in der Innenpolitik. In Brandts Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969 fällt das Demokratisierungspostulat „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Der Satz drückt das Lebensgefühl vieler aus und verspricht mehr Partizipation, Dynamisierung und Liberalisierung. Aufbruchsstimmung, Reformwille und Planungseuphorie markieren den Beginn der 1970er Jahre.



1. Juli 1969

Vereidigung von Gustav Heinemann zum dritten Bundespräsidenten. Dahinter (v. l. n. r.): Ernst Benda (CDU), Willy Brandt (SPD) und Kurt Georg Kiesinger (CDU).

Innenpolitisch widmet sich die sozialliberale Koalition ambitionierten Vorhaben: liberale Rechtsreformen, die Erweiterung der sozialen Sicherungssysteme, das die Arbeitnehmermitbestimmung stärkende Betriebsverfassungsgesetz (1972) sowie das Mitbestimmungsgesetz (1976), die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, aber auch der sogenannte Extremistenbeschluss als Reaktion auf den Terrorismus bestimmen die innenpolitische Agenda der 1970er Jahre.

NEUE OSTPOLITIK UND INNENPOLITISCHE POLARISIERUNG

Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition beginnt mit der Neugestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und zur DDR. Höhepunkt der Reise nach Warschau ist der Kniefall Brandts vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos. Diese symbolische Geste hat sich in das ikonographische Gedächtnis der Bundesrepublik eingebrannt. Mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12. August 1970, dem Abschluss des Warschauer Vertrags am 7. Dezember 1970 und dem 1972 mit der DDR geschlossenen Grundlagenvertrag, der am 21. Dezember paraphiert wird, erkennt die Bundesregierung die Realität der deutschen Teilung und den Verlust der „Ostgebiete“ an, ohne jedoch die Option einer Wiedervereinigung aufzugeben. Den pragmatischen Umgang mit der Zweistaatlichkeit charakterisiert Brandt mit

dem Satz, dass die beiden deutschen Staaten „doch füreinander nicht Ausland [sind]; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“.

Der Kniefall von Warschau und die Entspannungspolitik werden weltweit beachtet und gewürdigt, führen jedoch in der Bundesrepublik zu einer politischen Polarisierung. Die oppositionelle Union und die Interessenverbände der Vertriebenen sprechen vom „Ausverkauf deutscher Interessen“ und von der Gefahr einer andauernden Spaltung Deutschlands.

Auch im Südwesten grenzt sich die Regierung von Hans Filbinger (CDU) scharf gegen die Bonner Koalition ab. Der Landtagswahlkampf des Jahres 1972 ist von einem Frontalangriff auf die Ost- und Gesellschaftspolitik der Regierung Brandt geprägt. Die Mehrheit der Bevölkerung Baden-Württembergs unterstützt diesen konfrontativen Kurs. Mit 52,9 Prozent erringt



© picture alliance/Klaus Rose

21. Dezember 1972

Egon Bahr (r.) für die
Bundesrepublik Deutschland
und Michael Kohl (l.) für
die DDR unterzeichnen
den Grundlagen-
vertrag.



27. April 1972

Nach dem misslungenen Misstrauensvotum der CDU/CSU-Opposition gegen die sozialliberale Regierung Brandt/Scheel gratuliert der unterlegene Kanzlerkandidat Rainer Barzel (l.) Bundeskanzler Willy Brandt.

© picture alliance/ASSOCIATED PRESS

die CDU die absolute Mehrheit und kann sich fortan zur „Landespartei“ stilisieren. Seitdem ist der CDU im Südwesten jahrzehntelang das Regieren in den genetischen Code eingeschrieben. Der im Wahlkampf 1976 kreierte Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ bringt die strikte Abgrenzungspolitik der amtierenden Landesregierung gegen Bonn erneut auf den Punkt. Die Kurskorrektur der baden-württembergischen SPD unter ihrem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Erhard Eppler in Richtung alternative Themen, bisher eine Domäne der Neuen Sozialen Bewegungen, wird von den Wähler:innen nicht honoriert und verschafft der CDU weiteren Stimmenzuwachs. Zudem muss die SPD mit dem Umstand leben, dass es in Baden-Württemberg eine relativ kleine SPD-Wählerschaft gibt.

Die Außenpolitik der Bundesregierung führt zu innerparteilichen Krisen: Mehrere Abgeordnete der FDP und SPD wechseln mit ihrem Mandat zur Union. Diese Entwicklung gipfelt 1972 in dem ersten Versuch eines konstruktiven Misstrauensvotums im Bundestag, mit dem Brandt gestürzt und durch den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel ersetzt werden soll. Die Opposition in Bonn fühlt sich unter anderem durch das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg im April 1972 bestärkt, bei der die CDU die absolute Mehrheit der Stimmen erringt. Bei der Abstimmung am 27. April 1972 verfehlt Barzel die erforderliche Mehrheit um zwei Stimmen, die – so der heutige Kenntnisstand – gekauft wurden. Angesichts der Pattsituation einigen sich die Fraktionen im Bun-

destag auf vorzeitige Neuwahlen, bei der die SPD mit 45,8 Prozent stärkste Partei wird. Die Politisierung nimmt im Wahlkampf bis dahin nicht gekannte Ausmaße an. Wahlinitiativen bilden sich, Prominente ergreifen öffentlich Partei, man bekundet mit Buttons und Aufklebern seine politische Überzeugung. Willy Brandt, der für seine Ostpolitik 1971 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wird, reitet auf einer Welle der Sympathie. Die Bundestagswahl ist eine Abstimmung über den außen- und innenpolitischen Kurs der Bonner Koalition. Wahlrechtlich führt die 1970 beschlossene Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zu einer hohen Partizipationsbereitschaft jüngerer Wählerschichten, von denen zwei Drittel für die Parteien der sozialliberalen Koalition stimmen. Die immense Politisierung der Bürger:innen zeigt sich in einer Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent. Die zweite sozialliberale Koalition hat nach dieser Wahl die klare Mandatsmehrheit im Deutschen Bundestag.

TERRORISMUS DER RAF

Die Terroranschläge der Roten Armee Fraktion (RAF), die am 22. Oktober 1971 das erste Todesopfer fordern, entfachen eine innen- und rechtspolitische Debatte über Maßnahmen einer wirksamen Terrorismusbekämpfung und vergiften auf lange Zeit das politische Klima in der Bundesrepublik.

Im Jahr 1972 erreicht der internationale Terrorismus Deutschland. Die Olympischen Sommerspiele von München, geplant als „heitere Spiele“, sollen der Welt ein neues Deutschland nahe bringen. Doch jäh wird der friedliche Wettstreit der Nationen vom Terror eingeholt. Palästinensische Terroristen überfallen die Unterkunft der israelischen Mannschaft, töten zwei Israelis und nehmen neun Sportler als Geiseln. Der Befreiungsversuch auf dem Flughafen von Fürstenfeldbruck endet in einem Blutbad.



© picture alliance/AP Photo

5. September 1972

Während der Olympischen Spiele in München überfallen palästinensische Mitglieder der Terrororganisation „Schwarzer September“ die Unterkunft der israelischen Mannschaft.

Baden-Württemberg ist von den Gewaltaktionen der RAF als „bevorzugtes Operationsgebiet“ – so das Landeskriminalamt – besonders betroffen. Im Mai 1972 werden bei einem Sprengstoffattentat auf das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg drei Armeeangehörige getötet. 1977 werden zwei junge Polizisten bei einer Ausweiskontrolle in Singen von RAF-Terroristen durch mehrere Schüsse verletzt. Ins Visier der RAF geraten nicht nur Sicherheitsbehörden und Vertreter der Bundesanwaltschaft, sondern auch exponierte Repräsentanten von Politik, Wirtschaft und Militär. Im April 1977 ermordet ein RAF-Kommando in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter. Im Juli 1977 wird Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, ermordet. Im September 1977 entführt die RAF den in Stuttgart beheimateten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und fordert die Freilassung von elf RAF-Gefangenen, darunter auch die in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim einsitzenden Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. Bei der Entführung werden Schleyers Fahrer und drei Stuttgarter Polizeibeamte ermordet. Eine aufgeheizte Angststimmung prägt mit Fahndungsaktionen und verstärkter Polizeipräsenz im öffentlichen Raum den Alltag.

Am 13. Oktober kapert ein arabisch-palästinensisches Terrorkommando die Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt am Main mit 82 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern. Die Entführer fordern erneut die Freilassung von elf deutschen und zwei palästinensischen Terroristen. Trotz der „bisher schwersten Krise des Rechtsstaats“ (Helmut Schmidt) ist sich der täglich treffende „kleine Krisenstab“ einig: Der Staat darf sich nicht erpressen lassen. Die harte, wenngleich riskante Linie der Regierung Schmidt führt zum Scheitern der Terroroperation. Nach mehreren Zwischenstationen landet das Flugzeug in Mogadischu (Somalia). Spezialkräfte des Bundesgrenzschutzes befreien am 18. Oktober Besatzung und Passagiere. Als bekannt wird, dass die Geiseln in Freiheit und die in Stuttgart-Stammheim Inhaftierten



Oktober 1977

Foto des entführten Hanns Martin Schleyer, aufgenommen von der RAF.

tot sind, ermorden die Entführer Hanns Martin Schleyer. Schleyer wird am 25. Oktober 1977 auf dem Ostfildener Friedhof in Stuttgart-Sillenbuch beerdigt. Vor der Beerdigung findet in der Domkirche St. Eberhard ein Staatsakt statt. Die persönliche Anwesenheit und Beileidsbekundung von Helmut Schmidt verstehen viele als eine Art Entschuldigung.

Für Aufregung sorgt die Bestattung dreier RAF-Mitglieder (Baader, Ensslin, Raspe) nach deren Selbstmord im Oktober 1977 auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof. Hans Filbinger, Baden-Württembergs Ministerpräsident, will nur der Schwäbin Gudrun Ensslin eine Beerdigung im Land gewähren. Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel hingegen stimmt einem Gemeinschaftsgrab zu. Zur Entkrampfung trägt ein Satz von Rommel bei, der bis heute anerkannt zitiert wird: „Alle Feindschaft sollte nach dem Tode ruhen.“

ÖLPREISKRISEN UND STAGNIERENDES WACHSTUM

Der nach der überwundenen Rezession Ende der 1960er Jahre beginnende wirtschaftliche Boom und die Erwartung steten Aufschwungs werden durch die 1973 einsetzende Ölpreiskrise jäh gebremst. Die OPEC-Staaten nutzen nach dem Jom-Kippur-Krieg den Ölpreis als politische Waffe. Arabische Ölförderländer unterteilen die Staatenwelt in proisraelische Nationen, die kein Öl mehr erhalten, und neutrale Staaten (z.B. Deutschland), die nur noch reduzierte Mengen bekommen. Dies führt zu einer Vervierfachung der Ölpreise und zu höheren Produktionskosten, die an die Konsumenten weitergegeben werden.

Der kurze Traum immerwährender wirtschaftlicher Prosperität ist ausgeträumt. Die Ölkrise führt die Verletzbarkeit des Wohlstands deutlich vor Augen, bremst aber auch ehrgeizige innenpolitische Reformvorhaben. Arbeitslosigkeit und der in mehreren Industriezweigen einsetzende Strukturwandel münden in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit. Der Einbruch des Wirtschaftswachstums ist in Baden-Württemberg stärker als in der Bundesrepublik. Ein Indikator sind die hohen Arbeitslosenquoten, die in Baden-Württemberg nach einer Zeit der Vollbeschäftigung 3,5 Prozent erreichen. Vergleichsweise glimpflich kommen weniger energieintensive Branchen (z.B. Maschinenbau und Elektrotechnik) davon.

Autofreie Sonntage, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen und Schlangen vor den Tankstellen sind sichtbare Folgen der Verknappung und Preiserhöhung. Die „Aporien der Industriegesellschaft“ (Ulrich Herbert) werden auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen diskutiert. Beachtung findet die vom Club of Rome in Auftrag gegebene Studie der beiden amerikanischen Sozialwissenschaftler Donella und Dennis L. Meadows mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“. Der 1972 erscheinende Bericht stößt auf große Zustimmung und markiert ein wachsendes öko-

logisches Bewusstsein. Dennoch fallen Verbraucher:innen Mitte der Siebzigerjahre nach der Überwindung der ersten Ölpreis- und Energiekrise wieder in alte Gewohnheiten zurück.

Die Iranische Revolution führt 1979 zu einer globalen ökonomischen Erschütterung, indem sie die dortige Ölproduktion zum Erliegen bringt. Der Iran ist der zweitgrößte Erdölexporteur der Welt. Deutschland bezieht ein Fünftel seines Erdöls aus dem vorderasiatischen Staat. Die Drosselung der Ölmenge führt zu weltweiten Wirtschaftskrisen, das Wachstum sinkt in vielen Industrieländern auf den Nullpunkt. In Deutschland überschreiten die Benzinpreise die symbolische Grenze von einer D-Mark.

POLITISCHE TURBULENZEN, ZWEIFEL UND ÄNGSTE AM ENDE DES JAHRZEHTS

Der Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt als Folge der Enttarnung seines persönlichen Referenten Günter Guillaume als DDR-Agent markiert einen innenpolitischen Wendepunkt. Inkompetenzen der Abwehrdienste und eine Serie von Pannen führen zur Demission des erfolgreichen Kanzlers. Helmut Schmidt, der seit Mai 1974 amtierende Nachfolger Brandts, setzt neue wirtschafts- und innenpolitische Schwerpunkte, um die ökonomischen Probleme einzudämmen. In seiner Regierungserklärung nennt Schmidt Eckpfeiler seiner zukünftigen Politik: Realismus, Nüchternheit, Stabilität und Sicherheit. Der kühle und pragmatische Schmidt ist das Gegenteil seines charismatischen Vorgängers und avanciert zum „Krisenkanzler“ (Heinrich August Winkler).

Innenpolitisch stagnieren Reformvorhaben in der Mitbestimmungs- und Bildungspolitik, weil sie nicht mehr finanziert werden können bzw. am Widerstand des Koalitionspartners FDP, des Bundesrats oder des Bundesverfassungsgerichts scheitern. Zwar kündigt Schmidt die Fortsetzung der Reformpolitik an, jedoch unter dem Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit.



© picture-alliance/dpa

7. August 1978

Hans Filbinger (r.) gibt seinen Rücktritt bekannt. Links der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe in Bonn, Manfred Wörner.

Während Helmut Schmidt als „Krisenmanager“ sowohl vom politischen Freund als auch vom Gegner den Ruf eines „Meisters des Regierens“ (Edgar Wolfrum) zugesprochen bekommt, schlittert Baden-Württembergs amtierender Ministerpräsident Hans Filbinger 1978 in eine Krise seiner politischen Laufbahn. In seiner Erzählung „Eine Liebe in Deutschland“ lässt der Schriftsteller Rolf Hochhuth das sechste Kapitel mit dem Satz enden: „Ist doch der (...) Ministerpräsident dieses Landes, Dr. Filbinger, ein so furchtbarer Jurist gewesen.“ Rolf Hochhuth beschreibt die Liebesbeziehung eines polnischen Kriegsgefangenen und einer Deutschen in einem scheinbar idyllischen badischen Dorf im Zweiten Weltkrieg. Das Paar wird denunziert. Die Frau wird im KZ Ravensbrück inhaftiert, der polnische Kriegsgefangene zum Tode verurteilt und hingerichtet. In der ZEIT erscheint just dieses Kapitel als Vorabdruck. In der folgenden publizistischen und juristischen Auseinan-

dersetzung werden weitere Todesurteile bekannt, bei denen Filbinger als Anklagevertreter oder Richter im März und April 1945 beteiligt war. Am Ende ist der Ministerpräsident politisch nicht mehr zu halten. Sein geringes Verständnis für die moralischen Vorwürfe illustriert er mit dem Satz: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“

Das Jahrzehnt, das optimistisch begonnen hat, endet mit Zweifeln. Die Aufbruchsstimmung macht der Ernüchterung Platz, das „Modell Deutschland“ stagniert ab Mitte der Dekade. Die zukunftsfrohe Sicherheit, in der sich die Gesellschaft Deutschlands Anfang der 1970er Jahre bewegt, ist verschwunden. Der zweite Schub der weltweiten Wirtschaftskrise 1979, der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, die Verschiebung internationaler Koordinaten, die Verschärfung des Kalten Krieges und der beginnende atomare Rüstungs-

wettlauf lassen das Jahrzehnt mit Zweifeln und Ängsten enden. Obwohl die parlamentarische Demokratie, die soziale Marktwirtschaft und die europäische Integration akzeptiert sind, hinterfragen die sich formierenden Neuen Sozialen Bewegungen das Regelwerk der repräsentativen Demokratie. Am Ende der 1970er Jahre kündigt sich eine Zäsur an, die das Ende der sozialliberalen Ära und einen Politikwechsel einläutet.

1972: DIE GRÜNDUNG DER LPB

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) nimmt am 1. März 1972 mit 19 Mitarbeitenden ihre Arbeit auf. Der Stellenplan zeigt, dass die LpB klein und dezentral beginnt. Neben einem Direktor und Verwaltungsleiter samt Buchhalter umfasst das Stellentableau im ersten Geschäftsjahr zwei Fachreferate (Publizistik, Fernsehen), vier Außenstellen mit je einem Leiter bzw. einer Leiterin und Assistenten sowie sechs Sekretärinnen. Die bisherige dezentralisierte Konstruktionsform der früheren Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ mit vier „Zweigstellen“, die regionale Unterschiede berücksichtigen und Tagungsarbeit vor Ort realisieren, hebt sich von den anderen Landeszentralen in Deutschland ab.

Die Umwidmung der Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ in eine nichtrechtsfähige Anstalt ist nicht gänzlich frei „von teilweise heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen“ – so Theodor Pfizer, Oberbürgermeister von Ulm und Vorsitzender des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft. Bereits im Sommer 1970 wird eine Reorganisationskommission eingesetzt, die einen bilanzierenden Sachstandsbericht vorlegt und die Konzeption einer neu zu gründenden Landeszentrale entwickelt. In einem Hearing des Landtagsunterausschusses für politische Bildung bzw. im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtags entzündeten sich am vorgeschlagenen Organisationsstatut parteipolitische Auseinandersetzungen. Dabei wird deutlich, dass die Vertreter der politischen Parteien „ein etwas einseitig-

ges Verständnis für die politische Bildung besitzen“ und die künftige Landeszentrale als eine „parteipolitische Vorschule“ (Theodor Pfizer) betrachten. Um die Gefahr parteipolitischer „Durchgriffe“ auf die Bildungsarbeit umgehen und zugleich Unabhängigkeit garantieren zu können, wird ein Kuratorium ins Leben gerufen, dem acht Parlamentarier und fünf unabhängige Sachverständige angehören.

Neben Theodor Pfizer ist Herbert Schneider, seit 1966 als Nachfolger des Hauptgeschäftsführers Fritz Hans Betz im Amt, die zentrale Figur bei der Vorbereitung der Umorganisation. In strategisch angelegten Papieren beklagt er die mangelnde finanzielle Ausstattung. 1962 erhält die Arbeitsgemeinschaft einen staatlichen Beitrag von 680.000 D-Mark. 1971 beläuft sich dieser auf 950.000 D-Mark, laut Schneider „eine Art von Gnadenbrot“. Er verweist als Vorzeigemodell auf die 1946 gegründete Landeszentrale in Nordrhein-Westfalen. Die unzureichende finanzielle Ausstattung belegt er unter anderem, indem er die jeweiligen Länderleistungen miteinander vergleicht. In Nordrhein-Westfalen werden 1970 für die politische Bildung pro Kopf der



**Herbert
Schneider**
(1929–2002)

war von 1966 bis 1973
Hauptgeschäftsführer
der Arbeitsgemeinschaft
„Der Bürger im Staat“
bzw. kommissarischer
Leiter der LpB.

© LpB Baden-Württemberg

Bevölkerung 0,58 D-Mark aufgewendet, Baden-Württemberg hingegen begnügt sich mit 0,38 D-Mark.

In einem weiteren Schritt konkretisiert Schneider vier zukünftige Aufgabenfelder: Die Koordinationsaufgabe umfasst die Bemühungen, Angehörige des öffentlichen Dienstes politisch zu bilden und die Arbeit der mit politischer Bildung betrauten staatlichen Stellen zu koordinieren. Die Kooperationsaufgabe fokussiert die effektivere Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Träger politischer Bildung (z.B. in Form jährlich stattfindender Koordinierungskonferenzen). Die subsidiäre Aufgabe meint die Unterstützung der Arbeit staatlicher und gesellschaftlicher Träger durch Bücher, Zeitschriften und Filme. Die Innovationsaufgabe konzentriert sich auf neue didaktische und methodische Anregungen.

Die „Bekanntmachung der Landesregierung von Baden-Württemberg über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung“ vom 25. Januar 1972 benennt die Rechtsform und die Aufgaben sowie deren dezentrale Struktur.

§ 1

(1) Die Landeszentrale für politische Bildung wird als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Staatsministeriums errichtet.

(2) Sie hat ihren Sitz in Stuttgart.

§ 2

(1) Die Landeszentrale hat die Aufgabe, die politische Bildung in Baden-Württemberg auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Sie dient der Festigung und Verbreitung des Gedankenguts der freiheitlich-demokratischen Ordnung.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Landeszentrale insbesondere auf die Zusammenarbeit der mit der Förderung der politischen Bildung befaßten staatlichen Stellen hinzuwirken, die Zusammen-

arbeit der politischen Bildung zu fördern, Tagungen, Lehrgänge und Seminare zu veranstalten, auf denen Themen der politischen Bildung unter Mitwirkung von Politikern und Wissenschaftlern erörtert werden, die Arbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Träger der politischen Bildung durch periodische Publikationen, Filme und Bücher zu unterstützen, innerhalb ihres Aufgabenbereichs praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln und für die politische Bildung bereitzustellen.

§ 3

(1) Die Landeszentrale gliedert sich in Fachreferate und Außenstellen. (...)

§ 4

(1) Die Überparteilichkeit der Arbeit der Landeszentrale wird durch ein Kuratorium sichergestellt. Die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte und die Aufstellung des Haushaltsplanes der Landeszentrale erfolgen im Einvernehmen mit dem Kuratorium. (...)

§ 5

(1) Die Landeszentrale wird von einem Direktor geleitet. Ihm obliegt auch die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Bestimmungen. (...)

(2) Der Direktor erörtert alle wesentlichen Fragen der Arbeit gemeinsam mit den Fachreferenten und den Leitern der Außenstellen; dazu gehören vor allem die Schwerpunkte der Arbeit, der Haushaltsplan und der Jahresbericht. (...)

§ 7

(1) Die Außenstellen der Landeszentrale übernehmen regionale Aufgaben. Sie sollen insbesondere mit den Kreisen und Gemeinden sowie mit örtlichen Trägern der politischen Bildung in ihrem Bereich eng zusammenarbeiten.

BEWÄHRTE UND NEUE FORMATE

Trotz des vergleichsweise bescheidenen Etats und der nicht allzu üppigen personellen Ausstattung präsentieren die Rechenschaftsberichte der Vorgängerorganisation „Der Bürger im Staat“ eine beachtliche Bilanz. Im letzten Jahr vor der Gründung der LpB beläuft sich die Summe der Veranstaltungen auf rund 300 Seminare und knapp 2.000 Vortragsabende. Ein Drittel der Finanz- und Arbeitskapazität nimmt die Arbeit mit Schulen in Anspruch. Als Markenbegriff sind vor allem die „Politischen Tage“ bekannt, die zunächst auf die gymnasiale Oberstufe und die Berufsschule begrenzt sind. Sie verstehen sich explizit als Kontrastprogramm zum schulischen Gemeinschaftskundeunterricht. Die Politischen Tage greifen in starkem Maße Zeitgeschichte und Gegenwartsfragen auf, finden außerhalb der Schule in einer Tagungsstätte statt, dauern in der Regel zwei Tage und betonen bewusst nichtschulische Lernformen, das heißt, das Lehrgespräch tritt in den Hintergrund zugunsten von wissenschaftspropädeutischen Methoden und Sozialformen (Vorträge, Plenumsdiskussionen und Gruppenarbeit): „Schüler und Schülerinnen fühlen sich weitgehend als Studenten“, heißt es im Rechenschaftsbericht des Jahres 1968.

Die 1967 neu entwickelten Seminarformate, das Landtags- sowie das Berlin-Seminar, finden Anklang bei Lehrenden, ebenso die Zusammenarbeit mit Pädagogischen Hochschulen und Studienseminaren. Weitere Schwerpunkte sind Vorträge, die sich gezielt an kommunalpolitische Aktive und Schöffen richten und vermehrt Frauen als Zielgruppe in den Fokus nehmen. Ebenso finden seit 1967 eintägige Arbeitsgespräche mit anderen Trägern der politischen Bildung statt – Vorläufer der späteren alljährlich stattfindenden Koordinierungskonferenzen, in deren Rahmen ein Austausch zwischen Partnerorganisationen und anderen Trägern stattfindet. Und seit Ende der 1960er Jahre ist die Forderung nach einer eigenen Tagungsstätte, einer sogenannten Politischen Akademie, auf der Agenda der jährlichen Rechenschaftsberichte.

Die bewährten Formate werden allesamt beibehalten, gleichzeitig wächst das Aufgabenspektrum, neue und innovative Formate entwickeln sich. Bereits im Jahr 1957 nimmt der Landtag von Baden-Württemberg einstimmig einen überfraktionellen Antrag auf Einrichtung eines „Schülerwettbewerbs zur Förderung der politischen Bildung“ an. Zur Teilnahme animiert werden Schüler:innen der beiden obersten Gymnasialklassen sowie der Berufs- und Berufsfachschulen – auch in der Hoffnung, vielleicht „dieses oder jenes politische Zukunftstalent“ (Willi Lausen, MdL) zu entdecken. Nach anfänglichen Erfolgen gerät der Schülerwettbewerb Ende der 1960er Jahre in eine Flaute. Gesucht wird ein neues Konzept, das mehr bieten soll als nur „Besinnungsaufsätze“ und das alle weiterführenden Schularten einbezieht. 1973 erhält die LpB vom Landtag den Auftrag, den Wettbewerb mit einem neuen konzeptionellen Zuschnitt weiterzuführen. Verschiedene Formate und Methoden (z.B. Plakate, Tonreportagen, Kurzgeschichten, Erörterungen, Karikatureninterpretationen usw.) sollen in Anlehnung an neuere Erkenntnisse der kognitiven Lernpsychologie unterschiedlichen Lernmustern (z.B. auditive, optisch-visuelle, haptische und rein kognitive Zugänge) gerecht werden. Mit seinem vielfältigen Themenspektrum und variablen Bearbeitungsmöglichkeiten spricht der Schülerwettbewerb unterschiedliche Neigungen an, garantiert Methodenvielfalt und mehr Kreativität.

Neuere Diskurse und konzeptionelle Weiterentwicklungen in der Didaktik der Erwachsenenbildung thematisieren die sogenannte Subjekt- bzw. Teilnehmerorientierung. Subjektorientierung meint die eigenständige Aneignung von Wissen sowie die Verantwortung für den eigenen Lernprozess bei außerschulischen Bildungs-



maßnahmen. Ein wesentlicher Punkt ist die gemeinsame Planung der Bildungsarbeit, die Berücksichtigung von Lernwünschen, die Thematisierung von Erwartungen und die Klärung, wie die Auseinandersetzung mit den Inhalten methodisch voranzutreiben soll. Im Frühjahr 1976 beginnt die LpB mit der Erarbeitung eines Grundkurses, der als Zertifikatskurs die politische Erwachsenenbildung in den Blick nimmt. Zugleich ist dieser Grundkurs ein Versuch, die politische Bildung bei verschiedenen Trägern aus ihrem Schattendasein zu holen. Das maßgeblich von Xaver Fiederle, Professor an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, entwickelte Konzept für den „Grundkurs Politik“ umfasst zwanzig Themenbausteine und orientiert sich an Standards der Subjektorientierung: Flexibilität, Vermittlung von Basiskompetenzen, Praxisbezug, Teilnehmerorientierung und Methodenvielfalt. Der Grundkurs versteht sich als eine Art „Fahrschule für Politik“ (Theodor Eschenburg). Nach einer zweijährigen Entwicklungsphase finden 1978 die ersten Kurse statt. Zwanzig Jahre später haben über 6.000 Kursteilnehmende das Zertifikat erworben.

Innovativ sind auch die Großveranstaltungen, die nicht mehr ausschließlich das kleinformatige, auf wenige Teilnehmende angelegte Seminar fokussieren. Großveranstaltungen mit Eventcharakter sollen neue Adressatengruppen erschließen, politische Bildung mit innovativen Methoden betreiben, Bürger:innen „vor die Haustüre“ locken. „Politik auf dem Markt“, eine erstmalig im September 1978 in Schwäbisch Hall durchgeführte Aktion, spricht mit einer Mischung aus Podiumsdiskussionen zu den Themen „Politiker stehen Rede und Antwort“ und „Verwaltung gibt Auskunft“, mit mehreren Informationsständen, einer Plakatausstellung des Schülerwettbewerbs, Auftritten von Mundartdichtern, Arbeitsgruppen, Gesprächskreisen und fünf zeitgleich stattfindenden Abendveranstaltungen über 3.500 Bürger:innen an. Wegweisend, auch für spätere Jahre, ist die am 8. Mai 1979 stattfindende Großveranstaltung „30 Jahre Grundgesetz im Dialog der Generationen“ in der Schwabenlandhalle in Fellbach mit über 300 Teilnehmenden. Konzeptionell lebt die Veranstal-

tung von einem ausbalancierten Verhältnis von Zielgruppenfokussierung, Lebensweltbezug, der Vermittlung von Expertenwissen und dem konstruktiven Dialog heterogener Gruppen. Die LpB erinnert auch in den Folgejahren mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten daran, dass das Grundgesetz, einst die „Bauplanordnung“ der noch jungen Republik, eine respektierte und breit akzeptierte „Hausordnung“ der deutschen Demokratie geworden ist.

In die Siebzigerjahre fallen auch die ersten Studienreisen. Anfangs noch in Kooperation mit der Landeszentrale Niedersachsen finden ab 1974 elf Studienreisen nach Israel statt, an denen Lehrkräfte, Medienschaffende und Multiplikator:innen aus Baden-Württemberg teilnehmen. Seit 1985 finden jährlich eigenverantwortlich gestaltete Israelreisen statt. 1976 bringt eine modellhaft geplante Exkursion nach Straßburg den Teilnehmenden das Mehrebenensystem der Europäischen Gemeinschaft näher. Diese Reisen legen den Grundstock für ein breites Angebot an Studienreisen, die Baden-Württemberg, seine Nachbarregionen und europäische Länder, die eine politische interessante Entwicklung durchlaufen, zum Ziel haben. Gut konzipierte Studienreisen vermitteln politisches Wissen durch konkrete Anschauung und persönliche Begegnungen vor Ort.

Wenn auch das Buch „Wir amüsieren uns zu Tode“ des US-amerikanischen Medienwissenschaftlers Neil Postman erst Jahre später erscheint, bietet die LpB bereits seit 1972 medienpädagogische Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche, Lehrkräfte und Eltern an. Viele Seminare des „Referats für Fernsehen, Film und Rundfunk“ – bis zum Wegfall im Jahr 1993 ein „Urreferat“ der LpB – haben einen Werkstattcharakter, in deren Mittelpunkt neben Medienanalysen auch Eigenproduktionen (Hörspiele, Diareihen, Filme) stehen, die zum reflektierten Umgang mit audiovisuell vermittelten Informationen befähigen.

Mit diesem wachsenden Aufgabenspektrum geht ein personeller Zuwachs einher. Nur zwei Jahre nach der



Januar 1978

Die LpB bezieht ihr neues Domizil in der Stafflenbergstraße 38 in Stuttgart. Der Einzug ist Anlass zu einem Gruppenbild des Kollegiums.

Gründung verzeichnet der Organisationsplan aus dem Jahr 1974, der bis in die 1990er Jahre Bestand hat, neben einer Direktoren- und Stellvertreterstelle sieben Fachreferate sowie vier Außenstellen mit einem Personaltableau von 17 Referenten und einer Referentin. Verwaltung, Hausdienste und der Bereich der Sachbearbeitung, die als Grundlage für eine solide politische Bildungsarbeit unerlässlich sind und im Hintergrund agieren, verzeichnen ebenfalls einen Stellenzuwachs. Mit dem Einzug in das neue Domizil in der Stafflenbergstraße 38 geht 1978 ein weiterer Stellenzuwachs einher.

ALLEINSTELLUNGSMERKMAL PUBLIKATIONEN

Printprodukte sind eine der Hauptsäulen politischer Bildung im öffentlichen Auftrag. Wohl am augenfälligsten ist das vielfältige (und preisgünstige) Publikationsangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Mit Blick auf andere Landeszentralen und auch als Abgrenzung zur Bundeszentrale stützt sich die LpB

weniger auf Buchankäufe, sondern auf Eigenpublikationen. Die redaktionell eigenständig verantworteten Zeitschriften und die später entstehenden Buchreihen sind ein Alleinstellungsmerkmal der LpB.

Bereits 1951 wird, gegen den energischen Widerstand der Zeitschriftenverleger, eigens eine Zeitschrift gegründet und nach der gleichnamigen Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ benannt. Der Verband der Zeitschriftenverleger moniert die Herausgabe einer „Staatszeitung auf direktem oder indirektem Wege“. Konzipiert ist die neue Zeitschrift, die zeitweilig eine Auflage von 90.000 Exemplaren hat, als Monatszeitschrift, die eine Vielfalt politischer Themen präsentieren soll. Veröffentlicht wird, was von Autorinnen und Autoren eingereicht und als „veröffentlichungswürdig“ eingeschätzt wird. Zugleich dient die anfangs monatlich, dann im zweimonatigen Rhythmus erscheinende Zeitschrift als „Mitteilungsblatt“ der Arbeitsgemeinschaft. In Vorstandssitzungen der Arbeitsgemeinschaft wird jedoch regelmäßig das fehlende Profil der Zeitschrift bemängelt. In Protokollen ist abschätzig von

dem ersten, 1853 gegründeten illustrierten Familien- und Massenblatt „Die Gartenlaube“ die Rede.

Nachdem der langjährige Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Fritz Hans Betz, in den Ruhestand geht, greift sein Nachfolger Herbert Schneider das leidige Problem auf. Die Stelle eines hauptamtlichen Schriftleiters wird mit der Auflage ausgeschrieben, eine Neukonzeption der Zeitschrift, die zukünftig vierteljährlich erscheinen soll, vorzulegen. Das erste Heft („Parlamentarismus in der Bundesrepublik“) im neuen inhaltlichen Zuschnitt erscheint 1969, federführend verantwortet vom neuen Schriftleiter Hans-Georg Wehling. Erklärte Absicht der Zeitschrift ist es, die Komplexität politischer Prozesse durchschaubar zu machen. Jedes Heft weist eine thematisch geschlossene Konzeption mit einem inhaltlichen Schwerpunkt auf, der in rund ein Dutzend Einzelthemen aufgeschlüsselt ist. Die Zeitschrift richtet sich an Multiplikator:innen der politischen Bildung, nicht zuletzt auch an Lehrkräfte. Auch andere Gruppen werden adressiert: in der Politik Tätige, Medienschaffende, Kommunalverwaltungen, Behörden und Hochschulen. Die Zeitschrift entwickelt sich rasch zum „Tafelsilber“ der LpB.



1975 erscheint die erste Ausgabe („Christentum und Marxismus. Unterrichtsmodell“) der zweiten LpB-Zeitschrift „Politik und Unterricht“. Die didaktische Fachzeitschrift versteht sich als Dienstleistung für die Praxis der politischen Bildung. Im Vorwort der ersten Ausgabe wird die vordringliche Aufgabe des Periodikums darin gesehen, mit Unterrichtssequenzen und Hand-

reichungen sowie didaktisch aufbereiteten Materialien konkrete Unterrichtshilfen anzubieten.

Die Entstehung der Zeitschrift ist eng verknüpft mit der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe Mitte der 1970er Jahre. Obwohl in Fachkommissionen Materialien zu den neuen Lehrplänen entwickelt werden, wird in der Lehrerfortbildung ein starker Bedarf an didaktisch-methodischen und vor allem praxisnahen Handreichungen offenkundig. In Kooperation mit dem Kultusministerium leistet die Zeitschrift „Politik und Unterricht“ curriculare „Entwicklungshilfe“ für das Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde, das in Baden-Württemberg laut Artikel 21 der Landesverfassung Verfassungsrang genießt.

Der erziehungswissenschaftliche Diskurs meldet Mitte der 1970er Jahre „Zweifel am Monopol des zweckrationalen Unterrichts“ (Horst Rumpf) an und plädiert in Frontstellung zum lehrerzentrierten Unterricht für schülerorientierte Unterrichtsformen. „Politik und Unterricht“ nimmt bewusst Abstand von einem strengen Wissenschaftsdeterminismus, der vom allzu schlichten Vorgang einer vertikalen Informationsweitergabe von der Fachwissenschaft an die Schulpraxis ausgeht. Jede Ausgabe der Zeitschrift hat denselben inhaltlichen Aufbau: Nach einer fachwissenschaftlichen und didaktisch-methodischen Einführung folgen Unterrichtsmaterialien (Texte, Photographien, Karikaturen, Graphiken usw.), die von Lehrkräften eigenverantwortlich und zugeschnitten auf die je spezifische Klassensituation ausgewählt werden. Auf detaillierte, kleinschrittige und gängelnde Arbeitsanweisungen wird verzichtet. Die Zeitschrift ist deswegen eine Fundgrube, weil sie Schulbücher mit Blick auf die Aktualität ergänzt. Beispielhaft steht dafür das 1978 veröffentlichte Sonderheft „Terrorismus“, das angesichts des RAF-Terrors eine Aktualitätslücke schließt.

In den Siebzigerjahren wird auch der Grundstein für bis heute nachgefragte Sonderpublikationen gelegt. Anlässlich der Kommunalwahl im Oktober 1979



erscheint erstmals das Taschenbuch „Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Gesetze – Daten – Analysen“, ein handliches Nachschlagewerk mit Gesetzestexten, statistischen Strukturdaten und analytischen Beiträgen zu den Institutionen und Ebenen der Kommunalpolitik. Aus dem „Wahlführer“ entwickelt sich in den Folgejahren eine auflagenstarke Handbuchreihe, die anlässlich der Kommunalwahlen im fünfjährigen Rhythmus mit aktualisierten Auflagen erscheint.

Die Publikationen sind ein besonders sichtbarer Teil der Arbeit der LpB und gleichzeitig Imageträger, deren inhaltliche Qualität und Überparteilichkeit geschätzt werden. Ihre breite Akzeptanz ist darin begründet, dass sie ihrer Arbeit ein bestimmtes Bürgerleitbild zugrunde legen. Sie sprechen den „reflektierten Zuschauer“ (Wilhelm Hennis), der die Zusammenhänge und Spielregeln der Politik kennt, ebenso an wie aktiv partizipierende und „interventionsfähige Bürgerinnen und Bürger“ (Thomas Meyer), die sich, wenn nötig, in das politische Geschehen einmischen.

BILDUNGSPOLITIK UND POLITISCHE BILDUNG IM DISSENS

Die 1970er Jahre sind geprägt von einer „Art von bildungspolitischen Dauerkrieg“ (Peter Graf Kielmansegg). Im Februar 1970 legt die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats einen „Strukturplan für das Bildungswesen“ vor, der eine stärkere Durchlässigkeit innerhalb des dreigliedrigen Schulsystems vorsieht. Die sozialliberale Koalition fordert in Anlehnung an das Diktum von Ralf Dahrendorf, dass Bildung ein Bürgerrecht im Sinne eines sozialen Grundrechts sei, mehr Chancengleichheit und mehr Selbstverantwortung. Als Königsweg proklamiert sie die Errichtung von Gesamtschulen und Gesamthochschulen. Während die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe von den Kultusministerien der Länder noch einvernehmlich beschlossen wird, geraten andere bildungspolitische Reformvorhaben in einen ideologisch aufgeladenen Deutungsstreit.

Die politische Bildung bietet sich als Feld an, auf dem die Union einen fundamentalen Wertekonflikt mit SPD-regierten Ländern austragen kann. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen neue Lehrpläne und Schulbücher. Im sozialdemokratisch regierten Hessen kommt es zu einer politischen Grundsatzkontroverse, die Züge eines Kulturkampfes trägt. Der Konflikt entzündet sich 1973 an den hessischen „Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre“, in denen die Unterrichtsfächer Sozialkunde, Geschichte und Geographie zu dem neuen Lernbereich Gesellschaftslehre zusammengefasst werden sollen. Oberstes Lernziel ist die durch den Lernbereich anzustrebende Befähigung der Schüler:innen zu mündiger Selbst- und Mitbestimmung. Was heute als didaktischer Standard gilt, löst Anfang der 1970er Jahre heftige Kontroversen aus. Der Streit um die Rahmenrichtlinien ist nur ein Beispiel für die Inszenierung politischer Grundsatzkontroversen in der Bildungspolitik.



**Dr.
Siegfried
Schiele**

war von 1976 bis 2004 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Auf der von ihm 1976 initiierten Tagung in Beutelsbach kristallisierte sich der „Beutelsbacher Konsens“ heraus, der die politische Bildung bis heute prägt.

Wie kam es zum Beutelsbacher Konsens?

1976 wurde ich Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Mir war es ein Anliegen, die Arbeit anderer Bildungsträger kennen zu lernen. So habe ich viele Akademien und Bildungswerke besucht, auch die Stiftungen der Parteien. In Wildbad-Kreuth stand bei der Hanns-Seidel-Stiftung eine Tagung auf dem Programm, die sich mit den Grundlagen politischer Bildung beschäftigte. Ich rechnete mit einer sachlichen Aufklärung über Grundsätze politischer Bildung, sah mich aber bald getäuscht. Es ging eher um die Frage, wie man das Vordringen der Frankfurter Schule in der politischen Bildung verhindern könne und welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden könnten.

Die politische Bildung sollte also auch instrumentalisiert werden, nur aus einer andern Richtung. Das behagte mir überhaupt nicht und ich war froh, in einer Pause den mir bekannten Herbert Schneider zu treffen, dem es wegen des Verlaufs der Tagung auch unwohl war. Wir waren uns einig, eine Tagung zu planen, zu der die wesentlichen Kontrahenten politischer Bildung eingeladen werden sollten.

”

Welche Zielsetzung nahmen Herbert Schneider und Sie in den Blick? Welche Diskutanten konnten Sie für die Tagung gewinnen?

“

Erklärtes Ziel war es, eine offene und sachliche Auseinandersetzung über Grundfragen und Grundsätze politischer Bildung zu führen und auszuloten, ob es für die politische Bildung im öffentlichen Auftrag einen für alle akzeptablen und verbindlichen Konsens geben könne.

Es war mir klar, dass das erhoffte Ergebnis nur dann gelingen konnte, wenn die unterschiedlichen Richtungen politischer Bildung repräsentativ vertreten waren. Die Referenten waren – salopp könnte man sagen von „links“ nach „rechts“ – Rolf Schmiederer, Kurt Gerhard Fischer, Dieter Grosser, Bernhard Sutor und Klaus Hornung.

Es darf jedoch nicht in Vergessenheit geraten, dass am Konsens, der sich bei der Tagung entwickelt hat, auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt waren, die sich an den strittigen, aber auch konsensorientierten Diskussionen lebhaft beteiligt haben. Es handelte sich dabei im Wesentlichen um Fachleiterinnen und Fachleiter von Studienseminaren sowie um engagierte Politiklehrerinnen und Politiklehrer.

Welchen Anteil hatte Hans-Georg Wehling am Zustandekommen des Konsenses?

Als ganz entscheidend hat sich herausgestellt, dass ich Hans-Georg Wehling, der in unserem Haus für Publikationen zuständig war, gebeten hatte, das gesamte Geschehen der Tagung sorgfältig in den Blick zu nehmen und darauf zu achten, ob es bei aller notwendigen Auseinandersetzung doch einen Konsens in entscheidenden Punkten gebe. Diese Aufgabe hat er mit Bravour erledigt. In seiner Niederschrift ist in drei Punkten der Beutelsbacher Konsens enthalten. Wehling hat den tatsächlichen Verlauf der Tagung komprimiert in den entscheidenden Punkten zusammengefasst.

Auch für die Didaktik des Politikunterrichts markiert die einsetzende Politisierung einen Wendepunkt, der zu kontroversen, zum Teil unversöhnlichen Debatten führt. Ausgetragen wird der Konflikt zwischen fachdidaktischen Positionen, die ihre Konzeptionen durch die Rezeption sozialwissenschaftlicher Diskurse und punktuell auf den Rückgriff auf die „Frankfurter Schule“ fundieren (Wolfgang Hilligen und Hermann Giesecke), und politikdidaktischen Ansätzen, die sich explizit auf die Kritische Theorie stützen (Rolf Schmiederer, Bernhard Claußen). Ihnen stehen Didaktiker gegenüber, die ihre Konzeptionen am Zielbegriff der Rationalität orientieren und eher zur konservativ-liberalen Richtung zählen (Bernhard Sutor, Manfred Hättich). Diese „politische Geographie“ (Peter Massing) blockiert den fachdidaktischen Diskurs für mehrere Jahre. Während das „linke“ Lager politische Bildung als pädagogisches Instrument zur Demokratisierung bzw. Veränderung der Gesellschaft versteht, sieht der konservativ-liberale Block die Aufgabe des Unterrichtsfaches Politik darin, der verfassungsmäßigen politischen Ordnung Akzeptanz zu verschaffen.

DER BEUTELSBACHER KONSENS

Im Gegensatz zur Bildungspolitik, in der die Spaltung der Bundesländer in SPD-regierte A-Länder und unions-regierte B-Länder länger andauert, gelingt in der Politikdidaktik Ende der 1970er Jahre ein Brückenschlag, der zur Überwindung der Polarisierung beiträgt. In der Situation der verhärteten Frontstellung didaktischer Konzepte lädt Siegfried Schiele, neu gekürter Direktor der LpB, Fachdidaktiker aus verschiedenen „Lagern“ im November 1976 in den schwäbischen Ort Beutelsbach zu einer Tagung ein.

Das Ergebnis der Tagung ist keine inhaltliche Einigung über Ziele und Konzepte der politischen Bildung, aber die konsensuale Formulierung dreier Grundprinzipien für den Politikunterricht. Hans-Georg Wehling findet in seiner Nachlese drei griffige Formulierungen, mit

denen er rückblickend den in Beutelsbach formulierten Minimalkonsens zusammenfasst. Diese drei Grundsätze bilden den sogenannten Beutelsbacher Konsens:

1.

Überwältigungsverbot [Hervorhebungen im Original]. Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. [...] Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und **Indoktrination**. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2.

Was in Wissenschaft und Politik **kontrovers** ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine **Korrekturfunktion** haben sollte, d.h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind. [...]

3.

Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine **politische Situation** und seine **eigene Interessenlage zu analysieren**, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen **zu beeinflussen**. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung **operationaler Fähigkeiten** ein.



Die „formlose Übereinkunft“ (Siegfried Schiele) findet schnell die Akzeptanz so gut wie aller Didaktiker:innen der politischen Bildung sowie Politiklehrer:innen. Der 1977 erscheinende Tagungsband „Das Konsensproblem in der politischen Bildung“ ist noch ein Solitär, dient aber als Vorbild für die zehn Jahre später entstehende Didaktische Reihe der LpB.

Der Konsens entwickelt sich zum berufsethischen Fundament und zur Handlungsmaxime für die Praxis politischer

Bildung. Zwanzig Jahre später lässt sich der für politische Bildung zuständige Referent des Oberschulamtes Tübingen zu dem Satz hinreißen: „Den Beutelsbacher Konsens kennt selbst mein schlechtester Politiklehrer.“ Der Minimalkonsens gibt nicht nur normative Grundregeln für die politische Bildung vor, er schützt die politische Bildung in Schulen und im öffentlichen Auftrag auch vor fragwürdigen politischen Vorgaben oder einseitigen Erwartungen verschiedener Interessengruppen.

ZWISCHEN BESTANDSWAHRUNG UND BESTANDSVERLUST

Nachdem sich der Pulverdampf der (partei-)politischen und fachdidaktischen Auseinandersetzungen verflüchtigt hat, weicht die Dramatik der Kontroverse Ende der 1970er Jahre einer eher beunruhigenden Gelassenheit. Die Bildungspolitik gerät in eine Phase der Stagnation. Eine hohe Zahl arbeitsloser Lehrkräfte, Folge einer wenig weitsichtig betriebenen expansiven Einstellungspolitik in den frühen Siebzigern, führt zu einem drastischen Rückgang der Studierenden in Lehramtsstudiengängen. Für die politische Bildung zeichnet sich eine „bleierne Zeit“ (Wolfgang Sander) ab. Die Theorieentwicklung und die fachdidaktische Publizistik stagnieren. Im schulischen Rahmen zeigt sich dieses „Konjunkturtief“ mit Blick auf das Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde an Kürzungen der Stundentafeln und der unzureichenden Qualifikation des Lehrpersonals. In einer Aktuellen Debatte im Landtag von Baden-Württemberg (22. März 1979) mit dem Thema „Situation des Faches Gemeinschaftskunde an unseren Schulen“ wird eine Randstellung des Faches konstatiert. Aufgrund der immer schlechteren Einstellungschancen in den Schuldienst wird das Studienfach an den Hochschulen „gemieden wie die Pest“ (Hinrich Enderlein MdL). Ein fataler Regelkreis baut sich auf: Das schlechte Image des Unterrichtsfaches und fachfremd erteilter Unterricht führen zu einem Schatten-dasein der schulischen politischen Bildung.

Der Kampf zwischen Bestandswahrung und Bestandsverlust begleitet nicht nur die schulische politische Bildung. In Zeiten knapper Kassen sehen sich in der Folgezeit auch Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung mit Mittelkürzungen und schlechter werdenden Rahmenbedingungen konfrontiert. Manche Institutionen, Verbände und Akteure der politischen Bildung sorgen sich am Ende der 1970er Jahre um ihre gesicherte Existenz.